

Zwei Grundfragen des sogenannten internationalen Strafrechts.

Von Oberlandesgerichtsrat und Universitätsprofessor Dr. Heinr. Harburger
in München.

Auf der Tagesordnung des für den 6. August 1900 nach Brüssel einberufenen internationalen Gefängnis-Kongresses stehen u. a. die zwei folgenden, der I. Sektion desselben zugewiesenen, Fragen:

Faut-il admettre l'extradition des nationaux?

Quels sont les principes à suivre en déterminant les limites de la compétence de la justice criminelle quant à la poursuite de délits commis à l'étranger ou en coopération avec des individus, nationaux ou étrangers, résidant à l'étranger?

Auf Einladung der ständigen internationalen Gefängnis-Kommission habe ich mich über dieselben in einem Gutachten ausgesprochen, dessen deutscher Urtext folgendermaßen lautet:

I.

Ohne Zweifel ist es für die Eindämmung der Kriminalität von großer Bedeutung, ob eine höhere oder aber eine geringere Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß einer rechtswidrigen Handlung auch die Strafe folgen werde. Wenn es nämlich auch richtig ist, daß der Anarchist, der Feind alles staatlichen und rechtlich geordneten Lebens, daß der Gewohnheitsverbrecher, daß derjenige, welcher die Mittel für seine Existenz sich immer nur auf verbotenen Wegen sucht, daß der Verbrecher aus moralischer Verkommenheit

sich nicht leicht durch die Furcht vor möglicher Bestrafung von der Verübung eines Verbrechens abhalten läßt, so ist doch ebensowenig bestreitbar, daß derjenige, welcher zum ersten Male die Bahn der Gesetzesverletzung zu beschreiten im Begriffe steht, daß derjenige, welcher noch schwankend ist, ob er seinen verbrecherischen Neigungen nachgeben solle oder nicht, durch eine ziemlich sichere Aussicht auf Bestrafung nicht selten noch im letzten Augenblicke dahin bestimmt wird, die Ausführung seines gesetzwidrigen Planes zu unterlassen.

Statistisch nachweisen läßt sich dies freilich nicht, und zwar weil naturgemäß nur die in Wirklichkeit verübten Verbrechen zur öffentlichen Kenntniss gelangen können, hingegen diejenigen Fälle, in welchen es nur beinahe zur Begehung eines solchen gekommen wäre, schließlich aber noch ein Rücktritt von der Ausführung stattgefunden hat, regelmäßig unbekannt bleiben. Nichtsdestoweniger aber ist und bleibt der vorstehende Satz doch wahr.

Durch die moderne Entwicklung der Verkehrsmittel und Verkehrsverhältnisse ist nun aber im höchsten Grade die Möglichkeit eröffnet, daß nach der Begehung eines Verbrechens der Thäter schon längst das Gebiet eines andern Staates erreicht hat, ehe auch nur die ersten Anhaltspunkte dafür aufgefunden werden, daß überhaupt ein Verbrechen vorliege. Nicht minder ist durch die moderne Vervollkommnung der Mittel für den Gedankenaustausch die gegenseitige Verständigung und gegenseitige Unterstützung der Teilnehmer an einer strafbaren Handlung, mögen dieselben sich auch noch so weit von einander entfernt aufhalten, im höchsten Maße erleichtert und so dem internationalen Verbrechen, der Bildung von Banden mit ausgedehntem Wirkungskreis und der Übung ihres geradezu gemeingefährlichen Handwerks der Weg gebnet. Eben deshalb hängt die Sicherheit dafür, daß der Urheber einer strafbaren That oder der Teilnehmer an einer solchen der gerechten Strafe verfallen werde, heutigen Tages nicht mehr bloß von der Findigkeit der Organe der Polizei- und Sicherheitsbehörden, von der Tüchtigkeit der Beamten der Strafrechtspflege, sondern besonders auch davon ab, wie sich die andern, durch das spezielle Verbrechen nicht unmittelbar betroffenen Staaten zur Verfolgung desselben verhalten. Je stärker diejenigen Staaten, zu deren Gebiet nicht gerade der Schauplatz der That, zu deren Untertanen nicht gerade der Urheber einer strafbaren Handlung oder der von ihr unmittelbar Betroffene gehört, auch ihrerseits dabei mitzuwirken

suchen, daß die repressive Thätigkeit ihr Ziel erreiche, desto sicherer wird auch dieses Resultat herbeigeführt, desto mehr Anlaß zur Unlust für die Begehung von strafbaren Handlungen gegeben, desto leichter eine Verminderung der Zahl solcher bewirkt werden.

Die geeignetsten Mittel hierzu sind nun aber einerseits die selbständige Verfolgung der Verbrechen und andererseits die Unterstützung der Verfolgung seitens des zunächst berufenen andern Staates, durch die Auslieferung der Schuldigen an ihn.

Besteht so in dieser Richtung geradezu eine Solidarität der Interessen der sämtlichen zivilisierten Staaten, welche es als dringend wünschenswert erscheinen läßt, daß kein Verbrechen und kein Verbrecher der gebührenden Strafe entkomme, so hat dieselbe sich auch bereits in ganz sichtbarer Weise zu einer allgemeinen Überzeugung von der Notwendigkeit eines Zusammenwirkens der Kulturstaaten zu diesem Ende verdichtet. Schwere Verbrechen werden heutigen Tages nicht bloß da, wo sie begangen worden sind, sondern von der ganzen Menschheit als ein Bruch der Rechtsordnung, von deren Aufrechterhaltung das Zusammenleben der Menschen überhaupt abhängig ist, gefühlt und perhorresziert. Wie sehr dies auch der wahren Sachlage entspricht, zeigt folgende Betrachtung: Wenn in einer wüsten, staatenlosen Gegend ein Mensch ermordet wird, so erblickt hierin jedermann ein Verbrechen und doch steht außer Zweifel, daß an dem Orte, wo die That verübt worden ist, kein positives Gesetz gilt und darum auch nicht durch ihre Ausführung unmittelbar verletzt werden konnte. Deshalb erachtet man es auch als die Aufgabe aller Staaten mit einander und jedes einzelnen derselben, in jeder nur möglichen Weise Leben, Freiheit, Vermögen und die sonstigen Interessen der friedliebenden Bürger zu schützen und sich hierin gegenseitig zu unterstützen. Im Gegensatz zu den frühern Anschauungen sieht man in der Bestrafung der Verbrecher nicht mehr ein bloßes Recht, dessen Wahrung als eines Teiles der Souveränität eifersüchtig zu beobachten sei, sondern vielmehr eine Pflicht, gerichtet auf Verwirklichung des Rechtes und der Rechtsordnung, und nur folgeweise ein Recht des Staates.

Unter solchen Umständen erscheint auch das Verbrechen nicht mehr bloß als eine Verletzung der inländischen Gesetze, sondern als ein Verstoß gegen die Anforderungen der Rechtsordnung überhaupt. Und hieraus folgt, daß die Strafpflicht und damit das

Strafrecht des Staates prinzipiell alle Verletzungen des Rechtes und der Rechtsordnung umfaßt.

In erster Linie berufen bleibt dabei natürlich immer derjenige Staat, in dessen Gebiet der Schauplatz gelegen ist, sei es, daß dort die verbrecherische Thätigkeit ausgeübt, sei es der rechtswidrige Erfolg eingetreten ist. Ist nun aber der *locus delicti commissi* überhaupt nicht innerhalb eines zivilisierten Staatswesens gelegen oder sind die Gerichte des primär verpflichteten und berechtigten Staates aus irgend welchen Gründen nicht im stande oder nicht geneigt, einzugreifen, so erscheint es als ebenso zulässig wie unentbehrlich, daß andre Staaten, insbesondere solche, welche gegenüber dem Verbrecher selbständige Rechte und Pflichten besitzen oder in Ansehung des Verbrechens eigene Interessen zu wahren haben, mit andern Worten der Heimatstaat des Verbrechers und der Staat, gegen welchen selbst oder gegen dessen Angehörige die Handlung gerichtet war, die Strafverfolgung in die Hand nehmen. Entwickeln auch diese Staaten in einem speziellen Falle keine repressive Thätigkeit, so kann es im Interesse der Sicherheitspolizei oder zur Wahrung des Ansehens der Rechtsordnung als unumgänglich erscheinen, daß ein dritter Staat, der zum Verbrechen und Verbrecher keine weiteren Beziehungen hat, als daß dieser letztere sich in seinem Gebiete aufhält und darum auch durch seine Gerichte zur Verantwortung gezogen werden kann, für die Bestrafung desselben Sorge trage.

Wenn so allen Staaten eine wenigstens eventuelle, subsidiäre Strafbefugnis zugesprochen wird, wird dadurch nicht etwa ein Eingriff in die Souveränitätsrechte eines der näher beteiligten Staaten für zulässig erklärt. Denn nach dem modernen Grundsatz der Reziprozität ist jeder Staat verpflichtet, im Verkehr mit den übrigen Staaten alle Befugnisse, welche er für sich selbst beansprucht, auch jenen zu gewähren. Befaßt sich nun ein Staat mit der Aburteilung und Bestrafung eines außerhalb seines Gebietes begangenen Verbrechens, so gestattet er damit zugleich den andern Staaten ein gleiches Vorgehen in gleich gelagerten Fällen. Damit wird aber dem andern Staate wiedergegeben, was ihm scheinbar von dem erstern genommen wurde; er erhält in gleichem Maße eine Ausdehnung seiner Machtbefugnisse, wie jener eine solche sich zugeschrieben und durch die Ausübung verwirklicht hat. Hiernach ist die Unverletztheit und Unverletzlichkeit seiner Souveränitätssphäre gewährleistet.

Eines der häufigsten Hindernisse für die Aburteilung strafbarer Handlungen durch das *forum delicti commissi* liegt in dem Verbote der Auslieferung eigener Staatsangehörigen zur Aburteilung an ausländische Gerichte, welches durch die moderne Gesetzgebung der meisten Staaten aufgestellt worden ist. Unter den zivilisierten Staaten sind es genau genommen nur England mit seinen Kolonien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, also die Länder des englischen Rechtes, welche dieses Verbot nicht zur Norm gemacht haben. Aber auch sie haben, mit Rücksicht auf den Grundsatz der Reziprozität und zur Aufrechterhaltung der Gleichheit unter den Pasiszenten, in neuerer Zeit in einzelnen Auslieferungsverträgen vereinbart, daß sie eigene Unterthanen nicht auszuliefern haben.

Auf Grund hiervon hat in neuerer Zeit besonders England — und man muß einräumen, im Hinblick auf die gesetzmäßige Sanktionierung dieser Klausel der Auslieferungsverträge nicht mit Unrecht — denjenigen Staaten, mit welchen es Auslieferungsverträge solchen Inhaltes abgeschlossen hat, die Auslieferung seiner eigenen Unterthanen verweigert. Dadurch wird es aber, weil, wie später noch darzuthun, seine Gesetze die Verfolgung von im Ausland verübten Verbrechen nur ganz ausnahmsweise gestatten, seiner Verpflichtung, auch seinerseits nach allen Kräften zur Verwirklichung des Rechtes und Bestrafung des Unrechtes mitzuwirken, nicht mehr ganz gerecht. Denn in den meisten Fällen, in welchen englische Staatsangehörige im Auslande eine strafbare Handlung ausgeführt und den Boden ihres Vaterlandes (oder ein unter englischer Flagge fahrendes Schiff) wieder erreicht haben, ehe sie den Organen der Strafrechtspflege in die Hände gefallen sind, ist gemäß der vorbeschriebenen Rechtslage eine Bestrafung derselben ausgeschlossen. Die Erfüllung der vorerwähnten Obliegenheit ist eben nur möglich, wenn dem Korrespondenzverhältnis Rechnung getragen wird, welches zwischen der Auslieferung einerseits und den internationalstrafrechtlichen Bestimmungen der Gesetze anderseits bestehen muß. Je weniger die Gesetze eines Staates sich um im Ausland vorgekommene Verbrechen kümmern, in desto ausgedehnterem Maße müssen sie die Auslieferung eigener Unterthanen gestatten, soll anders nicht eine Verletzung der gegenüber der Gemeinschaft des europäischen Völkerrechts bestehenden Verpflichtungen als unvermeidliche Folge eintreten.

Es ist darum die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen die Auslieferung von eigenen Staatsangehörigen an auswärtige Staaten zur strafrechtlichen Aburteilung oder zur Strafvollstreckung bewilligt werden könne, absolut untrennbar von der Frage, in wie weit, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen ein Staat sich um die außerhalb seines Gebietes vorgekommenen Verbrechen zu kümmern und dieselben vor seine Gerichtsbarkeit zu ziehen veranlaßt sei. Eben deshalb sind diese beiden Fragen hier neben einander einer Prüfung zu unterwerfen.

II.

Der Grundsatz, daß eigene Staatsangehörige an ausländische Strafgerichte nicht ausgeliefert werden dürfen, wird in neuerer Zeit von manchen als dem Staatsrecht angehörig erklärt, weil in ihm ein politisches Recht der Staatsbürger zum Ausdruck und zur Anerkennung gelangt sei. Wenn man jedoch erwägt, daß er in der vorstehend formulierten Fassung nur in den Grundgesetzen von Sachsen-Meinungen (1829), Sachsen-Altenburg (1831) und Braunschweig (1832) ausgesprochen und die sonst in den Verfassungsurkunden sich findende Vorschrift, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden dürfe, zweifelsohne nur als Verbot der Kabinettsjustiz, nicht aber als Verbot der Auslieferung eigener Unterthanen aufzufassen ist — denn auch der auswärtige *judex loci delicti commissi* ist ein gesetzlich bestimmter Richter —; wenn man erwägt, daß dieses letztere Verbot vielmehr regelmäßig nur in den Strafgesetzbüchern und den Auslieferungsgesetzen, also nicht in Verfassungsgesetzen enthalten ist; wenn man erwägt, daß infolgedessen zu einer Aufhebung dieses Verbotes gewöhnlich nicht die Beobachtung derjenigen strengeren Regeln erforderlich ist, welche allüberall für die Abänderung von Verfassungsbestimmungen bestehen, so kann man jenes Verbot doch auch nicht als ein staatsrechtliches ansehen — wenn auch nicht bestritten werden will, daß es, was übrigens auch für die ebenfalls im Strafgesetzbuch geregelte Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte gilt, ähnlich wie wirkliche Staatsrechtsjäge wirkt.

Mit Rücksicht hierauf sind denn für die Frage der Aufhebung jenes Verbots in erster Linie strafrechtliche und strafprozeßrechtliche Erwägungen in Betracht zu ziehen und erst in zweiter Linie politischen Gesichtspunkten Einfluß zu gewähren.

Zu Gunsten der Auslieferung von Verbrechern — ohne Rücksicht darauf, ob sie Inländer oder Ausländer sind — an das *forum delicti commissi* spricht nun vor allem der Umstand, daß hier die Thatzeugen und solche Personen, welche über Vorkommnisse vor, während und nach der That Auskunft geben können, regelmäßig in nächster Nähe sind und darum dem Gerichte leichter bekannt werden, als dem unter Umständen weit entfernten *forum domicilii*. Des weiteren hat jenes Gericht den großen Vorteil, daß es regelmäßig die Zeugen selbst vernehmen kann und nicht, wie dies dem *forum domicilii* häufig begegnet, durch äußere Verhältnisse gezwungen ist, dieselben auf dem Requisitionswege vernehmen zu lassen und sich mit der Verlesung der hierüber aufgenommenen Protokolle zu begnügen — ganz zu schweigen davon, daß ein erfolgreiches Kreuzverhör nur denkbar ist in der Hauptverhandlung vor dem erkennenden Gericht und daß eben das Kreuzverhör oft für die Aufklärung des Sachverhalts geradezu ausschlaggebend ist. Nicht unerwähnt darf auch bleiben, daß in manchen Fällen die Einnahme eines Augenscheins vom Orte der That durch das erkennende Gericht, ohne oder mit Zuziehung von Zeugen, von höchster Bedeutung ist und daß eben nur wiederum das *forum delicti commissi* die Möglichkeit hierzu besitzt. Wer jemals in praktischer Ausübung des Berufs als Richter, Staatsanwalt oder Verteidiger die unschätzbaren Vorzüge der unmittelbaren Erhebung der Beweise und Thatumstände sowie eines etwa damit verbundenen Kreuzverhörs kennen gelernt hat, wird die Vorliebe des englischen Rechts für das *forum delicti commissi* leicht begreifen. Ihnen gegenüber kann der Umstand, daß es für den Angeklagten bisweilen mit großen Unzukömmlichkeiten verbunden sein kann, wenn er sich zur Aburteilung an ein entfernt gelegenes *forum delicti commissi* begeben muß, oder wenn ihm die dort herrschende Sprache nicht geläufig ist, ebenso die Erwägung, daß über sein Vorleben und seinen Charakter ihm leichter Beweismittel an seinem gewöhnlichen Aufenthaltsorte zur Verfügung stehen, nicht ins Gewicht fallen. Eine größere Reise vermeiden zu können, verdient er nicht, wenn sich schließlich seine Schuld herausstellt. Wird er aber von der Anklage freigesprochen, so erhält er nach den modernen Gesetzen ohnehin zumeist eine entsprechende Entschädigung. Etwaige Schwierigkeiten infolge Unkenntnis der Landessprache lassen sich durch Verwendung eines gewandten Dolmetschers und Zuziehung eines ge-

übten Verteidigers leicht paralisieren. Und die Beweise für seinen Reumund sind unschwer durch Urkunden oder auf dem Requisitionswege beizubringen.

Zieht man alles dieses in Betracht, so muß man auch dem Institut de droit international beistimmen, wenn es in Ziffer VI seiner bekannten Orforder Thesen über die Auslieferung (1880) sagt: on doit considérer comme désirable que la juridiction du forum delicti commissi soit, autant que possible, appelées à juger.

Es bleiben ja ohnehin schon aus äußern Gründen Fälle genug übrig, in welchen ein forum delicti commissi nicht mit der Aburteilung betraut werden kann. So, wenn sich der Thatort nicht genau bestimmen läßt, und insbesondre nicht sicher ist, in welchem von zwei oder mehreren Staaten derselbe gelegen ist, wie dies bei Verbrechen in Eisenbahnzügen und dergleichen leicht vorkommen kann; so ferner, wenn die That in einer wüsten oder einer sonstigen staatenlosen Gegend verübt worden ist; so auch, wenn der Thatort besonders weit von dem Ort entfernt ist, wo man des Thäters habhaft geworden ist.

Auch die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß man die Auslieferung eines Verbrechers verweigert, weil man ihn für einen eignen Staatsangehörigen hält und er diese Anschauung unterstützt, bis sich schließlich herausstellt, daß er seine Staatsangehörigkeit längst verloren hat. Unter solchen Umständen kann mangels andrer Rechtsgründe für die Zulässigkeit einer Aburteilung eine langwierige Untersuchung vergeblich durchgeführt worden sein und sich erst spät die Notwendigkeit der Auslieferung ergeben.

Auf der andern Seite muß freilich für die Zulässigkeit der Auslieferung eigner Staatsangehörigen als unerläßliche Voraussetzung aufgestellt werden, daß das Strafrecht und das Strafverfahren der beteiligten Staatswesen im ganzen und großen auf den gleichen Grundsätzen beruhen. Denn man müßte es allerdings als eine Verletzung der den eignen Staatsangehörigen gegenüber bestehenden Schutzpflicht ansehen, wenn die Regierung ermächtigt würde, einen solchen an einen fremden Staat auszuliefern, dessen Gesetzgebung nicht die nötigen Garantien für eine den modernen Anschauungen entsprechende Beurteilung seiner That und für ein den modernen Anschauungen entsprechendes gerichtliches Verfahren bietet. So begreift es sich, daß selbst innerhalb der schweizerischen

Eidgenossenschaft nach Art. 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Auslieferung von Verbrechern und Angeschuldigten vom 24. Juli 1852 keine Verpflichtung zur Auslieferung der respektiven Staatsangehörigen besteht, sofern nur der Kanton des Aufenthaltsorts selbst für die Bestrafung des Verbrechers Sorge trägt.

Nicht zu verkennen ist auch, daß in der Zeit gespannter politischen Beziehungen zwischen zwei Staaten nur eine sehr geringe Garantie für ein ordnungsgemäßes Verfahren und ein gerechtes Urteil besteht, wenn unter solchen Umständen ein Angehöriger des einen Staates vor ein Gericht des andern Staates gestellt wird. Besonders begründet ist eine solche Befürchtung dann, wenn Laienrichter, wenn Geschworene die maßgebende Entscheidung zu treffen haben. Würde anderseits bei solcher politischen Lage die Regierung des einen Staates von der ihr etwa zustehenden Befugnis, eigne Staatsangehörige auszuliefern, keinen Gebrauch machen, so könnte dies geradezu den Abbruch der gegenseitigen Beziehungen zur Folge haben und den letzten Anstoß zur Austragung der bestehenden Differenzen mittels Waffengewalt geben.

Aber auch bei sonst friedlicher Lage könnte es leicht zu Mißstimmungen mit schweren politischen Folgen führen, wenn man es jeweils dem bloßen Ermessen der Regierung anheimstellen würde, ob sie die Zustände im andern Staate für geeignet erachte, ihm die Aburteilung eines ihrer Unterthanen anzuvertrauen, besonders wenn im Auge behalten wird, daß in allen wirklich zivilisierten Staaten in der modernen Zeit im ganzen und großen übereinstimmende Prinzipien für das Strafverfahren zur Geltung gelangt sind.

Solche bedenkliche Folgen zu vermeiden und doch zugleich die Vorzüge der Aburteilung durch das *forum delicti commissi* nicht für alle Fälle auszuschließen, ließe sich aber dadurch erreichen, daß unter Aufhebung des derzeit geltenden generellen Verbotes der Auslieferung eigener Unterthanen vom Gesetzgeber der Regierung die Erlaubnis erteilt würde, eine solche in Ausnahmefällen zu gestatten. Von dieser Ermächtigung kann dann die Regierung Gebrauch machen, wenn es sich darum handelt, die mehreren Teilnehmer an einer strafbaren Handlung gleichzeitig und gemeinschaftlich abzuwandeln oder wenn besondere Gründe die Aburteilung durch das *forum delicti commissi* als vorteilhaft und wünschenswert erscheinen lassen. Andererseits ist sie, weil jeder solche Ausnahmefall einer besondern Rechtfertigung bedarf, nicht der Gefahr ausgesetzt,

daß die Verweigerung der Auslieferung eines eignen Unterthanen als unfreundlicher Akt angesehen wird, obwohl dieselbe möglicherweise nur auf Zweckmäßigkeitsgründen beruht.

Auch dadurch würde wohl die Zahl der Verweigerungen der Auslieferung eigner Unterthanen sich nicht unbedeutend vermindern, daß solche Personen, welche vor ihrer Aufnahme in den Staatsverband sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, nach Bekanntwerden dieser Thatfache als unwürdig des besondern Schutzes ihres neu erworbenen Vaterlandes angesehen und darum ihre Auslieferung gern bewilligt würde. So lassen z. B. die Auslieferungsgesetze von Argentinien vom 20. März 1885 und von Peru vom 17. Oktober 1888, die Auslieferung eigner Staatsangehöriger zu wegen solcher strafbaren Handlungen, die sie vor ihrer Naturalisation verübt haben.

Unbedenklich wäre es endlich auch, die Auslieferung eigner Staatsangehöriger zu gewähren, wenn dieselben damit einverstanden sind oder sie ausdrücklich wünschen. Dies könnte besonders dann vorkommen, wenn ein Verbrecher die Hoffnung hegt, beim *forum delicti commissi* eine mildere Behandlung zu erfahren, als durch die Gerichte seines eignen Vaterlandes; z. B. weil er im Vaterlande wegen Rückfälligkeit bestraft würde, während die Voraussetzungen für die Rückfälligkeit nach dem ausländischen Recht nicht vorliegen.

Andererseits würde der Schutzpflicht gegenüber den eignen Staatsangehörigen Rechnung getragen und zugleich die Stellungnahme der Regierung dem fremden Staate gegenüber erleichtert, wie auch die Gefahr von Kollisionen in hohem Grade verringert werden, wenn mit der Aufhebung des Verbotes und der ausnahmsweisen Zulassung der Auslieferung eigner Unterthanen die Bestimmung verbunden würde, daß die Regierung vor Gewährung einer solchen das Gutachten der Gerichte zu erholen habe und ohne Billigung seitens dieser die Auslieferung nicht bewilligen dürfe.

Bei Berücksichtigung aller dieser Gesichtspunkte dürften gegen die prinzipielle Aufhebung des Verbotes der Auslieferung eigner Unterthanen wohl schwerlich noch begründete Bedenken erhoben werden können.

III.

Wenn es gilt zu präzisieren, welchen Standpunkt die Gesetze eines speziellen Staates zur Bestrafung von im Ausland begangenen Verbrechen oder der Teilnahme an solchen einnehmen, wird sehr

häufig übersehen, daß es hierbei nicht sowohl darauf ankommt, welche Sätze in dieser Richtung das einzelne Gesetz aufstellt, als vielmehr darauf, zu welchen Konsequenzen dieselben führen. Es kommt nämlich nicht selten der Fall vor, daß ein Strafgesetzbuch zunächst als Regel den Grundsatz proklamiert, daß es nur die im Inland begangenen Handlungen mit Strafe bedrohe, daß es aber sodann eine so große Anzahl weitgreifender Durchbrechungen dieses Grundsatzes aufstellt, daß schließlich im praktischen Resultate die scheinbare Regel zur Ausnahme und die scheinbare Ausnahme zur Regel wird. Daher muß man, wenn man sich ein richtiges Bild von dem geltenden Rechtszustande machen will, immer die praktische Wirkung der Bestimmungen der Gesetze als leitenden Gesichtspunkt vor Augen haben.

In diesem Sinne wird im Nachstehenden eine Übersicht über die Stellung, welche die Mehrzahl der Gesetzgebungen zu unserer Frage eingenommen haben, beziehungsweise einnehmen, gegeben. Die Zusammenstellung und die Reihenfolge konnte gleichzeitig so gewählt werden, daß jeweils die in die nachfolgende Gruppe aufgenommenen Gesetze die Grundsätze, welche durch die Gesetze der vorausgehenden Gruppe Annahme gefunden haben, ebenfalls befolgen und nur noch durch einen weiter hinzugekommenen vermehrt haben.

1.

Am wenigsten verfolgen im Ausland verübte Straftaten England mit seinen Kolonien und die zum größten Teile auf denselben Standpunkt stehenden Gesetze der verschiedenen Staaten der Vereinigten Staaten von Nordamerika. England bestraft der Hauptsache nach nur solche Handlungen von Inländern, wenn dieselben ein Tötungsdelikt, Hochverrat, Bigamie, Beteiligung am Sklavenhandel oder Falschheid vor englischen Beamten enthalten; in Nordamerika fallen hiervon sogar noch die Tötungsverbrechen und die Bigamie weg. Andererseits bestraft England auch alle Delikte gegen Personen oder das Vermögen, welche zu Wasser oder zu Lande an irgend einem Orte außerhalb der Besitzungen der Königin von einem Schiffsführer oder einem sonstigen Angehörigen der Schiffsmannschaft verübt werden, der zur Zeit der Begehung der That oder während der letzten 3 vorhergehenden Monate auf einem britischen Schiffe angestellt gewesen ist. Abgesehen von diesen Fällen und natürlich jenen, welche sich auf britischen Schiffen in hoher

See ereignen, werden die von Inländern im Ausland begangenen strafbaren Handlungen nicht mit Strafe bedroht; die von Ausländern im Ausland verübten Straftaten bleiben überhaupt straflos.

In ähnlicher Weise kümmern sich nur um die Vorgänge innerhalb des eignen Staatsgebiets, jedoch gleichzeitig um die Verbrechen gegen ihren eignen Staat, welche im Auslande von Inländern oder Ausländern unternommen worden sind, sowie ferner um die Verfälschung von Münzen und dem öffentlichen Kredit dienenden Papieren, hier wiederum teilweise nur soweit diese die Fähigkeit zur Zirkulation im Inlande besitzen, die Gesetzbücher von

Costarica, Código general (30. Juli 1841) parte III, libro III, título I art. 714 und Código penal (27. April 1880) artt. 5 u. 6,

Chile, Strafgesetzbuch (12. Novbr. 1874) Artt. 5, 6, 106—109, New-York, (26. Juli 1881) § 16, und

Brazilien, (11. Oktober 1890) Art. 4.

2.

Ähnlich wie Frankreich durch Artt. 5—7 des Code d'instruction criminelle von 1808 außer den Staats- und Münzverbrechen nur noch die von Franzosen gegen Franzosen im Ausland begangenen Verbrechen mit Strafe bedroht hatte — eine Bestimmung, die erst durch Gesetz vom 27. Juni 1866 im Sinne der nächsten Gruppe erweitert worden ist — beschränken sich die Gesetze von

Haiti, Code d'instr. crim. (31. Juli 1835) artt. 5—7,

Malta, Strafgesetzbuch (30. Januar 1854) Art. 5,

Peru, Strafprozeßordnung (23. Septbr. 1862) Art. 2, und

Columbia, Strafgesetzbuch (18. Oktober 1890) Art. 20.

3.

Ohne Rücksicht darauf, ob der durch das Verbrechen Benachteiligte ein Inländer oder ein Ausländer ist, jedoch zumeist unter der Vorbedingung, daß die Handlung auch am Orte der That mit Strafe bedroht sei, lassen Verfolgung eintreten auch gegen Inländer, welche sich im Auslande einer schweren Straftat schuldig gemacht haben, die Gesetzbücher von

Hessen-Darmstadt, (17. Septbr. 1841) Artt. 4 u. 5,

Baadt, Code de procédure pénale (1. Febr. 1850) artt. 14 u. 15, teilweise modifiziert durch ein Gesetz vom 29. Juni 1872,

Preußen, (14. April 1851) § 4,
 Graubünden, (8. Juli 1851) Artt. 1—3,
 Montenegro, (1855) §§ 24—26,
 Appenzell A.-Rh., (16. Oktbr. 1859) Art. 1,
 Strafgesetzbuch für Ostindien, (16. Oktbr. 1860) Artt. 2 u. 3
 mit Art. 8 des Auslieferungsgesetzes von 1879,
 Lübeck, (24. Aug. 1863) §§ 3 u. 4,
 Dänemark, (10. Febr. 1866) §§ 2—6,
 Frankreich, nach der erwähnten Abänderung des Code d'instr.
 crim. durch das Gesetz vom 27. Juni 1866; in ähnlicher
 Weise wird die Sache normiert in dem Entwurf eines Straf-
 gesetzbuchs, vorgelegt (1893) von dem mit der Umarbeitung
 des Code pénal beauftragten Ausschuss, Artt. 4 und 8,
 Deutschland, (31. Mai 1870 und beziehungsweise 15. Mai 1871)
 § 4; der Entwurf zu der Novelle vom 26. Februar 1876 pro-
 ponierte eine Abänderung des Strafgesetzbuchs im Sinne der
 nächsten Gruppe, fand aber in dieser Richtung nicht die Zu-
 stimmung des Reichstags; ebenso blieb ein am 17. April 1889
 dem Bundesrat vorgelegter Entwurf Preußens, der von der
 gleichen Tendenz ausging, unerledigt;
 Spanien, ley organica del poder judicial (15. Septbr. 1870),
 artt. 333—346,
 Basel-Stadt (17. Juni 1872) und Basel-Land (3. Febr. 1873),
 Artt. 1 u. 2,
 Zug, (20. Dezember 1876) Art. 2,
 Belgien, Gesetz vom 17. April 1878, Artt. 6—12,
 Niederlande, (3. März 1881) Artt. 2—7,
 Genf, Code d'instr. pénale (25. Oktbr. 1884), artt. 7—9, und
 Portugal, (16. Septbr. 1886) Art. 53.

4.

Als genügend zur Begründung der strafrechtlichen Verantwort-
 lichkeit vor den inländischen Gerichten erklären — nicht selten jedoch
 mit dem Erfordernis, daß das Staatsoberhaupt oder die Regierung
 ausdrücklich die Einleitung einer Strafverfolgung anordnet — den
 Umstand, daß ein im Auslande vorgekommenes Verbrechen, gleich-
 gültig, ob der Thäter Inländer oder Ausländer ist, einen Inländer,
 ein inländisches Rechtsgut oder sonstige inländische Interessen ver-
 lezt, nachbenannte Gesetzbücher:

- Bayern, (16. Mai 1813) Promulgationsebift Artt. 3 u. 4 und
ebenso noch im Strafgesetzbuch vom 10. Novbr. 1861, Artt.
10—12,
- Mecklenburg-Schwerinsche Verordnung vom 16. Januar 1838,
- Württemberg, (1. März 1839) Artt. 2—4,
- Sardinien, (26. Oktbr. 1839 und beziehungsweise 20. Novbr. 1859)
Artt. 5—9,
- Hannover, (8. Aug. 1840) Artt. 2 u. 3,
- Thurgau, (15. Juni 1841) § 2,
- Norwegen, (20. Aug. 1842) Kap. 1, §§ 1 u. 2,
- Ποινική διοικονομία τῆς Ἑλλάδος*, ($\frac{10}{22}$ März 1844) ἀρθρα 1—3,
- Baden, (6. März 1845) §§ 2—6,
- Thüringisches Strafgesetzbuch, (1849 u. ff.) Artt. 2—4,
- Toscana, (1853/6) Artt. 3—5,
- Modena, (14. Dezbr. 1855) Artt. 2—6,
- Aargau, (11. Febr. 1857) § 2,
- Wallis, (26. Mai 1858) Artt. 8—14,
- Schaffhausen, (3. April 1859) § 3,
- Luzern, (29. Dezbr. 1860) Art. 2,
- Schweden, (16. Febr. 1864) Kap. 1, §§ 1 u. 2,
- Obwalden, (20. Oktbr. 1864) Art. 2,
- Rumänien, (30. Oktbr. 1864) Artt. 3—5 und beziehungsweise
Gesetz vom 15. Febr. 1894,
- Bern, Gesetz über das Strafverfahren, Artt. 13 u. 14 und Gesetz
vom 30. Januar 1866 betreffend die Einführung des Straf-
gesetzbuchs, Art. 9,
- Glarus, (1867) Art. 2,
- Freiburg, (1868) Art. 3,
- Schwyz, (31. Jan. 1869) §§ 1—3,
- Hamburg, (30. April 1869) Artt. 2 u. 3,
- Zürich, (24. Oktbr. 1870 beziehungsweise 6. Dezbr. 1897) § 3,
- Mexiko, Strafgesetzbuch für den Bundesdistrikt und das Terri-
torium Niedercalifornien (7. Dezbr. 1871) Artt. 184 und
186—189,
- Tessin, (25. Jan. 1873) Artt. 2—5,
- die erwähnten Entwürfe für Novellen zum Deutschen Strafgesetz-
buch aus den Jahren 1875 und 1889,
- Solothurn, (29. August 1885) Art. 4,

St. Gallen, (25. Novbr. 1885) Art. 4,
 Uruguay, (17. Jan. 1889) Artt. 3—9,
 Finland, (19. Dezbr. 1889, beziehungsweise 21. April 1894)
 Kap. 1, §§ 1—4, und
 der Vorentwurf zu einem schweizerischen Strafgesetzbuch (1896)
 Artt. 3—5.

5.

Dem sogenannten Prinzip der Weltrechtspflege, jedoch nur für schwerere Rechtsbrüche und auch dies noch mit einer kleinen Modifikation, huldigen, indem sie auch wegen von Ausländern gegen Ausländer im Auslande verübte Rechtsverletzungen Strafverfolgung zulassen, wenigstens dann, wenn eine Auslieferung an einen andern Staat zur Bestrafung nicht möglich ist oder ein bezügliches Angebot nicht angenommen wurde, meistens unter dem weitem Erfordernisse einer ausdrücklichen Anordnung der Einleitung eines Strafverfahrens durch die Landesregierung, die nachaufgeführten Gesetzbücher:

Österreich (4. Sept. 1803) §§ 32—34 und jenes vom 27. Mai 1852, §§ 38—40 und 234, auch nach dem Entwürfe zu einem Strafgesetzbuche von 1891 §§ 3 und 4,
 Braunschweigisches Staatsgrundgesetz vom 12. Okt. 1832 § 205,
 Sachsen (30. März 1838) Art. 2—4, ebenso jenes vom 13. Aug. 1855, Art. 2—5, und jenes vom 1. Okt. 1868 Art. 2—8,
 Ungarn (Gesetzartikel V vom Jahre 1878) §§ 5—9,
 Russischer Entwurf vom Jahre 1881 §§ 5—11, und in Antizipation dieser Bestimmungen ein Gesetz vom 8. März 1893,
 Italien (30. Juni 1889) Artt. 3—7,
 Bulgarien (2. Juni 1896) Artt. 3—8, und
 Norwegischer Entwurf von 1896 § 12.

IV.

Bei Untersuchung der Frage, welches der im vorstehenden skizzierten fünf Systeme vorzuziehen, oder ob etwa ein von diesen verschiedenes weiteres System zu wählen sei¹⁾, kann in Anbetracht

¹⁾ Das sogenannte Territorialitätssystem — dessen positive Seite, daß, abgesehen von bestimmten Ausnahmen aus Gründen des Staatsrechts und des Völkerrechts, alle im Inland verübten Straftaten verfolgt werden, auch in den andern Systemen enthalten ist, trotzdem aber nicht selten als dessen wesentliches

der Darlegungen unter I wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß das erste unter den fünf Systemen auch in der relativ weitem, d. h. über die Bestimmungen der nordamerikanischen und der englischen Gesetzgebung hinausgehenden Gestaltung nur erträglich ist, wenn gleichzeitig damit die Auslieferung eigener Unterthanen als ausnahmslose Regel verbunden ist. Es führt zu einfach unhaltbaren Zuständen, wenn bei den modernen Verkehrsverhältnissen, wenn besonders bei den regen Verkehrsbeziehungen, wie dieselben zwischen dem europäischen Kontinent einerseits und sowohl England wie auch Nordamerika andererseits bestehen, nicht ein für allemal dafür Sorge getragen ist, daß jede von einem Angehörigen dieser beiden Länder auf dem europäischen Kontinent verübte Straftat, sofern man den Thäter kennt und seiner habhaft werden kann, mit Strafe belegt wird. Ein Staat, dessen Gesetzgebung theils wegen des ihr innewohnenden konservativen Zuges, theils wegen des ihr zu Grunde liegenden Prinzips des Egoismus, sich nicht dazu aufschwingen kann, die von seinen Angehörigen im Auslande begangenen Verbrechen selbst sehr schwerer Natur zu bestrafen, kann, da er seinen Verpflichtungen als Mitglied der Gemeinschaft des europäischen Völkerrechts nicht nach allen Seiten nachkommt, auch nicht verlangen, daß ihm sämtliche Rechte, welche sich aus dieser Mitgliedschaft ergeben, eingeräumt werden. Er muß insbesondere zum wenigsten darauf verzichten, beim Abschluß von Verträgen mit andern Staaten in allen Punkten mit seinen Gegenkontrahenten sich auf der gleichen Linie zu bewegen und von ihnen die gleichen Rechte zugebilligt zu erhalten, wie er sie ihnen gewährt. Er muß es darum besonders über sich gewinnen, ihnen die Auslieferung seiner eigenen Unterthanen zu versprechen, während er ihnen gleichzeitig gestattet, ihm jene der ihrigen zu versagen. Gerade England, das eine nahezu an Gespensterfurcht grenzende Scheu vor Abänderung seiner strafrechtlichen und strafprozessualen Gesetzgebung zeigt, aus Besorgnis, es könnte dadurch irgendwie in die Sphäre der bürgerlichen Freiheit eingegriffen werden — der beste Beweis dafür ist das Schicksal der Criminal Code Bill von 1879, welche der Hauptsache nach lediglich dazu bestimmt war, das auf den beiden erwähnten Ge-

merkmal hervorgehoben wird, während doch das Schwergewicht auf die negative Seite zu legen ist, daß nämlich keine andern als die im Inlande begangenen strafbaren Handlungen verfolgt werden — besteht rein und ohne Modifikationen in keinem zivilisierten Staate.

bieten gegenwärtig in Übung befindliche Recht festzustellen und zu kodifizieren, trotzdem aber durch Verweisung an einen Sonderauschuß, der sie schließlich ganz liegen ließ, wie schon zwei ihrer Vorläuferinnen ein unrühmliches Ende gefunden hat — gerade England hätte es darum vermeiden sollen und muß es in Zukunft vermeiden, als Äquivalent für das von den andern Staaten verlangte Zugeständnis, ihre eigenen Unterthanen nicht ausliefern zu müssen, die gleiche Befugnis für sich in Anspruch zu nehmen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten wenigstens für sich in der bekannten Depesche Buchanan's an den Gesandten Ruß vom 26. Sept. 1847 diese Konsequenz gezogen.

Allein da nach der Darlegung unter II es als ausgeschlossen erscheint, daß allenthalben die Auslieferung von eigenen Unterthanen gewährt werden werde, da vielmehr nichts anderes zu erwarten, übrigens auch nichts anderes zu wünschen ist, als daß ein dahin gehendes Zugeständnis nur für Ausnahmefälle gemacht werde, so könnte die Einräumung jenes Minimums nicht genügen, um die in der 1. Gruppe vereinigten Staaten zu der Behauptung zu berechtigen, daß sie mit ihrer einschlägigen Gesetzgebung ihren Verpflichtungen gegenüber der übrigen Menschheit nachgekommen seien.

Aus den gleichen Gründen genügt die Gesetzgebung der zur 2. Gruppe zusammengefaßten Staaten dem Bedürfnisse nicht, zumal da die größere Zahl der von Inländern im Auslande verübten Verbrechen nicht gegen Inländer, sondern gegen Ausländer gerichtet sein dürfte. Übrigens führt die Beschränkung der Verfolgung derjenigen strafbaren Handlungen, welche Inländer im Auslande begangen haben, auf solche zum Nachteil ihrer Kompatrioten zu den wunderlichsten Konsequenzen. Wie ist es zu halten, wenn die Staatsangehörigkeit des Verletzten nicht bekannt oder wenigstens ungewiß ist? Welche Folge hat ein Irrtum des Thäters über die Staatsangehörigkeit des Verletzten? Soll es ihm als entschuldigbar und darum von Bestrafung befreiender Umstand zu gute gerechnet werden, wenn er die Staatsangehörigkeit eines seiner Landsleute nicht kannte und in der Meinung, derselbe sei Ausländer, sich zur Vornahme einer strafbaren Handlung gegen ihn hinreißen ließ? Soll er, wenn er sich gegen eine Person vergangen hat, die er für einen Landsmann hielt, die aber in der That einem andern Staate angehört, mit Rücksicht auf seinen bösen Willen bestraft oder in Anbetracht der wirklichen Verhältnisse strafflos ge-

lassen werden? Wie ist ferner zu verfahren, wenn der Verletzte früher dieselbe Staatsangehörigkeit wie der Thäter gehabt hat und es sich erst im Verlaufe des Verfahrens herausstellt, daß er schon vor der erlittenen Verletzung jene aufgegeben und die Zugehörigkeit zu einem andern Staate erworben hat? Soll mit Rücksicht auf dieses Novum, dessen rechtzeitige Kenntnis allerdings die Wirkung gehabt hätte, daß die Einleitung einer Untersuchung unterlassen worden wäre, nunmehr das möglicherweise schon sehr weit vorgeschrittene Verfahren eingestellt werden? Solchen Falles würde das Prinzip des Egoismus, das auch diesem System noch zu Grunde liegt, allerdings in seiner ganzen Kraßheit zu Tage treten, und der Satz proklamiert werden: Ein von einem Inländer im Ausland gegen einen Ausländer gemachter widerrechtlicher Angriff ist kein Verbrechen.

Des weitern muß darauf hingewiesen werden, daß es bei einzelnen strafbaren Handlungen, wie z. B. Meineid, Bigamie, Blutschande, schwer ist, zu sagen, welche Person durch dieselbe verletzt worden sei. Noch bedenklichere Folgen aber treten ein, wenn überdies, wie nach dem französischen Recht bis 1866, für die Zulässigkeit einer Strafverfolgung ein besondrer Antrag des durch die That verletzten Inländers erfordert wird: wer soll diesen Antrag stellen, wenn ein Inländer im Auslande einen andern Inländer, der keinerlei Verwandte mehr besitzt, getötet hat? Alle diese Erwägungen erweisen es als eine unvermeidliche Notwendigkeit, zum wenigsten um einen Schritt weiterzugehen und jeden Inländer zu bestrafen, der im Ausland einen schwereren Rechtsbruch verübt hat, ohne Rücksicht darauf gegen wen, ob gegen einen Inländer oder einen Ausländer, ob gegen das Inland oder einen ausländischen Staat, derselbe gerichtet war (3. Gruppe).

Ergeben sich auch bei diesem System (dem sogenannten aktiven Personalitätsprinzip) aus dem Verbote der Auslieferung eigener Unterthanen keine nennenswerten Schwierigkeiten, so ist dasselbe doch ebenfalls noch keineswegs geeignet, nach jeder Hinsicht zu entsprechen. Es ermöglicht nämlich vor allem, daß Ausländer, welche im Auslande sich der schwersten Verbrechen, wie der Tötung oder des Raubes, gegen Inländer schuldig gemacht haben, ungestraft im Inland ihren Wohnsitz nehmen und folgeweise den Rechtsschutz des Inlandes zum Schmerze und zum Nachteile der durch ihr Verbrechen verletzten eigenen Angehörigen des Inlandes genießen kön-

nen. Ist der Ort der That in einem unzivilisierten Staatswesen ohne geordnete Rechtspflege oder gar in einem Gebiete ohne alle staatliche Ordnung gelegen, so bleibt, solange man sich bei dem Systeme unter 3 beruhigt, in Fällen der erwähnten Art nur der Heimatsstaat des Thäters übrig, da außer ihm keinem andern Staat die Berechtigung zur Strafverfolgung zustehen würde. Wenn nun jener aus irgendwelchen Gründen, z. B. politischer Art, es nicht für angemessen erachten würde, in dem speziellen Falle einzuschreiten, oder wenn dessen Gesetzgebung lediglich das System unter 1., also die Nichtberücksichtigung der meisten im Ausland verübten Verbrechen angenommen haben sollte, so müßte der andre Staat, der den Mörder eines seiner Angehörigen ergreifen könnte, ruhig zusehen, wie dieser ungestraft bleibt, und könnte ihn höchstens aus seinem Gebiete verweisen. Die gleiche Sachlage wäre gegeben, wenn der Thäter selbst einem unzivilisierten Staatswesen angehören würde. Fälle der eben besprochenen Art existieren nicht etwa nur in der Fantasie, sondern sind, wie die Motive zu den erwähnten deutschen Novellenentwürfen von 1875 und 1889 ausdrücklich hervorheben, in Wirklichkeit schon öfter vorgekommen.

Die meisten unter den Gesetzgebungen der Gruppe 3 stellen überdies auch noch das Erfordernis auf, daß die in Frage stehende Handlung auch durch die Gesetze des Ortes, an welchem sie vorgenommen wurde, mit Strafe bedroht sei. Es bedarf nur des Hinweises auf die modernen Forschungsreisen in unbekannten und staatenlosen Gebieten, um klar zu legen, daß auch diese Voraussetzung für die Zulässigkeit einer Bestrafung fernerhin unhaltbar ist.

Überdies sind noch weitere Komplikationen möglich, welche das System unter 3 als ungenügend erweisen. Wenn z. B. der Schuldige die Angabe seines Namens und seiner Nationalität verweigert, so daß auch die letztere nicht festgestellt werden kann, so ist man gezwungen, ihn ebenso zu behandeln, wie nach dem Vorstehenden einen Ausländer. Und wie penibel wäre es doch, wenn es sich nachträglich herausstellen würde, daß er doch ein Inländer ist! Ferner würden sich Schwierigkeiten ergeben, wenn, was heutigen Tages gar nicht zu den Seltenheiten gehört, die Staatsangehörigkeit des Schuldigen zweifelhaft oder bestritten wäre. Und was soll geschehen, wenn sich im Laufe des Strafverfahrens herausstellt, daß der Thäter zwar früher inländischer Staatsangehöriger gewesen ist,

jedoch diese Eigenschaft schon zur Zeit der Verübung der ihm nun zur Last gelegten That nicht mehr besessen hat?

Die bisherigen Betrachtungen lassen ersehen, daß auch das System der 3. Gruppe weit davon entfernt ist, den Bedürfnissen zu genügen.

Wenn nun auch die soeben konstatierten Mängel durch das Prinzip, welches die Gesetzgebungen der 4. Gruppe angenommen haben — Bestrafung auch von Verletzungen inländischer Güter oder Staatsangehörigen durch Ausländer im Auslande — gehoben werden, so ist damit doch noch keineswegs für alle Fälle Vorsorge getroffen. Ist z. B. der Ort der Verübung des Verbrechens nicht bestimmt feststellbar, sowie die Staatsangehörigkeit des Verletzten unbekannt und hat der Thäter seine frühere Staatsangehörigkeit aus irgendwelchen Gründen verloren, ohne inzwischen eine neue erworben zu haben, so ist kein Staat vorhanden, dessen Gerichte berechtigt wären, den Fall abzuurteilen. Ähnlich läge die Sache, wenn z. B. ein japanischer Gelehrter sich einer von Europäern ausgerüsteten und geführten Forschungs-Expedition nach dem Innern Afrikas anschloße und dort einen Träger der Expedition, der einem dortigen unzivilisierten Stamme angehört, rechtswidrig töten würde. Solchen Falles könnte allein Japan in der Lage sein, eine Strafverfolgung durchzuführen. Wenn nun auch mit größter Sicherheit zu erwarten stände, daß in diesem der Zivilisation vollständig gewonnenen Staatswesen, dessen Gerichten ja nunmehr auch die dort befindlichen Angehörigen aller Kulturstaaen unterstellt sind, die Sache nach Recht und Gerechtigkeit abgeurteilt werde, so würde es immerhin allüberall höchst unangenehm empfunden werden, wenn man sich vor die Notwendigkeit gestellt sähe, zu diesem Ende den Schuldigen in sein Vaterland zu transportieren. Ebenso würde, wenn ein Angehöriger eines entfernten Landes gegen einen seiner Landsleute ein schweres Verbrechen verübt hätte, ohne daß sich der Ort der That bestimmen ließe, darüber kein Zweifel obwalten können, daß eine Bestrafung nur durch Verschaffung des Thäters in sein Heimatland erzielt werden könnte.

Solche und ähnliche Fälle lassen es als wünschenswert erscheinen, daß die Gesetzgebungen überhaupt dem Beispiele Oesterreichs und der übrigen in der 5. Gruppe aufgezählten Staaten folgen und unter gewissen Verhältnissen auch im Auslande begangene Verbrechen von Ausländern gegen Ausländer mit Strafe belegen. Auch

das Institut de droit international hat bei Erörterung des internationalen Strafrechts in seiner Session zu München (1883) diesen Schritt empfohlen, indem es folgende These X aufstellte:

Chaque Etat chrétien (ou reconnaissant les principes du droit des pays chrétiens) ayant sous sa main le coupable, pourra juger et punir ce dernier, lorsque, nonobstant des preuves certaines de prime abord d'un crime grave et de la culpabilité, le lieu de l'activité ne peut pas être constaté ou que l'extradition du coupable, même à sa justice nationale, n'est pas admise ou est réputée dangereuse.

Nach der Natur der Sache sind die Fälle, für welche das Prinzip der 4. Gruppe nicht ausreicht, recht selten, und es ist darum ein Hinausgehen über das letztere nicht absolut geboten. Immerhin aber können besonders auffallende und eigenartige Vorkommnisse eintreten, in Beziehung auf welche ein solches Eingreifen eines dritten an der Sache zunächst nicht beteiligten Staates unvermeidlich ist, soll nicht dem Rechtsgefühl ganzer großen Bevölkerungsschichten geradezu ein Schlag ins Gesicht versetzt werden. Es bedarf nicht erst der ausdrücklichen Hervorhebung, daß dabei immer nur solche Handlungen in Frage stehen, die überall in kultivierten Ländern unter Strafe gestellt sind, die insbesondere auch nach den Auslieferungsverträgen und den Auslieferungsgesetzen der verschiedenen Staaten Anlaß zur Bewilligung oder auch zur Anbietung der Auslieferung des Thäters geben würden. Es versteht sich ferner von selbst, daß der dritte Staat nur dann einzuschreiten hat, wenn einerseits der Thäter sich auf seinem Gebiete befindet und andererseits dessen Auslieferung an sein Vaterland oder den Staat des Thatortes unmöglich oder sehr erschwert oder die Annahme der angebotenen Auslieferung abgelehnt worden ist. Bei solchem Vorgehen sind übrigens auch Erwägungen politischer Natur nicht wohl zu vermeiden; es muß darum auch der Entscheidung der obersten Regierungsbehörde anheim gestellt bleiben, ob die Interessen des Staates die Einleitung einer Strafverfolgung wegen einer solchen That oder die Unterlassung derselben erfordern.

Die Gesetzgebungen der Gruppe 5 enthalten denn auch jeweils den größten Teil dieser Vorbedingungen, und es sind infolgedessen den beteiligten Staaten noch keinerlei Unannehmlichkeiten aus der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen ihrer Strafgesetzbücher entstanden.

Ein weiteres System als die 5 bisher erörterten ist nicht denkbar, da diese bereits alle Kombinationen und Möglichkeiten, die ernstlich in Betracht kommen können, erschöpfen.

V.

Haben so die Prüfung der Bedürfnisse des wirklichen Lebens und Erwägungen der Zweckmäßigkeit zur Empfehlung des sogenannten Universalprinzips, des sogenannten Prinzips der Weltrechtspflege geführt, so ist nunmehr noch zu untersuchen, was von den Einwendungen zu halten ist, die gegen dasselbe, ja überhaupt schon gegen jede Überschreitung des 1. Systems, erhoben zu werden pflegen.

Vor allem wird geltend gemacht, das Verbrechen sei wesentlich Gesetzesverletzung, setze also auch ein bestimmtes Gesetz, gegen welches es verstoße, voraus. Nichts ist aber unrichtiger, als diese Behauptung. Es braucht ja nur auf die schon mehrfach erwähnten Vorkommnisse in staatlosen oder unkultivierten Gebieten hingewiesen zu werden, um diesen Einwand alsbald zu widerlegen. Schwerere Verbrechen — und nur solche stehen ja in Frage — werden, wenn sie in solchen Landstrichen sich ereignen, in nicht minderem Grade als Rechtsverletzungen angesehen, wie wenn sie innerhalb Europas oder eines Landes mit europäischer Kultur vorgekommen wären. Sie sind eben auch nicht bloß darum strafbar, weil sie vom Gesetze verboten sind; sie sind vielmehr vom Gesetze verboten und mit Strafe bedroht, weil sie Verstöße gegen die Rechtsordnung darstellen. Über ihre Rechtswidrigkeit und Strafbarkeit besteht allgemeines Einverständnis, und die Gesetze der verschiedenen Staaten unterscheiden sich in Bezug auf sie voneinander nur in Ansehung der Art und des Maßes der angedrohten Strafen.

Aus demselben Grunde ist die Behauptung unzutreffend, daß die Überschreitung des Systemes 1 oder wenigstens die Annahme des Universalprinzips eine Verletzung des Satzes *nulla poena sine lege poenali* enthalte. Vor allem ist hier zu bemerken, daß, wenn einmal die Bestimmung aufgestellt worden ist, daß auch im Ausland begangene Verbrechen ohne Unterscheidung je nach der Staatsangehörigkeit des Thäters oder des Verletzten mit Strafe belegt werden, dann eben das vermiste Strafgesetz vorhanden ist und keineswegs mehr fehlt. Nicht vorhanden ist nur möglicherweise die

Kenntnis von der Existenz dieses Gesetzes oder von dem Inhalt seiner Strafandrohung auf Seite eines davon Betroffenen. Allein in Ansehung der *mala in se*, der nach Anschauung der ganzen civilisierten Menschheit rechtswidrigen Handlungen wird zu ihrer Strafbarkeit überall nicht auch die *scientia legis poenalis*, sondern nur das Vorhandensein der *lex ipsa* erfordert. Entgegengesetztenfalls müßte man übrigens häufig, besonders gegenüber Ausländern, auch die Bestrafung von im Inland begangenen Verbrechen unterlassen, weil nachweisbar oder wenigstens möglicherweise das Vorhandensein oder mindestens der genaue Inhalt der fraglichen Strafbestimmung dem Thäter unbekannt geblieben war.

Wenn nun demgegenüber behauptet werden wollte, daß allenfalls noch beim 3. Systeme die Bestrafung der im Ausland begangenen Verbrechen angängig sei, weil ja jeder die Strafgesetze seines Vaterlandes kennen könne und müsse, so ist darauf hinzuweisen, daß nicht, weil jemand Deutscher, Engländer oder Franzose ist, er nicht morden, rauben oder stehlen darf, sondern nur deshalb, weil diese Handlungen Verletzungen der Rechtsordnung enthalten. Sie sind nicht verboten und mit Strafe bedroht mit Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit des Thäters, sondern einzig und allein wegen ihrer Rechtswidrigkeit.

Daß ferner in der Inanspruchnahme der subsidären Strafbefugnis keinerlei Eingriff in die Souveränitätssphäre eines der näher beteiligten Staaten zu erblicken ist, wurde schon unter Ziffer I des weiteren dargelegt. An der gegenwärtigen Stelle ist noch besonders zu betonen, daß durch die Erlassung solcher Bestimmungen nicht die Strafbefugnis oder die Anwendbarkeit des Rechtes des Staates des Thatortes negiert, sondern nur ein weiteres, neben jenem anwendbares Gesetz geschaffen wird, also nicht eine Kollision, sondern nur eine Koexistenz mehrerer Gesetze eintritt. Territorial beschränkt und beschränkbar ist nicht der Geltungsbereich der Strafgesetze, sondern nur der Wirkungskreis, die Thätigkeit der Staatsorgane. Diese letzteren dürfen regelmäßig mit ihren Amtshandlungen über die Grenzen des Staatsgebietes nicht hinübergreifen. Hingegen ist kein vernünftiger Grund ersichtlich, weshalb die Strafgesetze nur auf solche Fälle sollten Anwendung finden dürfen, welche innerhalb des Gebietes des betreffenden Staates vorgekommen sind, sofern nur bei ihrer Anwendung die Gerichte und die Vollstreckungsorgane nicht jenseits der Grenzen amtliche Akte vor-

nehmen. Ja noch mehr: gerade wenn man den einzelnen Staaten verbieten wollte, Strafbestimmungen in Beziehung auf jenseits ihrer Grenzen vorkommende Rechtswidrigkeiten zu erlassen, würde man in doppelter Richtung in deren Souveränitätssphäre eingreifen. Zunächst schon in Ansehung der Unumschränktheit der Organe der Gesetzgebung, sodann aber dadurch, daß man die Staaten hindern würde, ihre eignen Unterthanen oder sonstige allenfalls auf ihrem Gebiete befindliche Personen durch ihre Gerichte wegen von jenen auswärts verübter Rechtsverletzungen bestrafen zu lassen.

Überdies kann es gerade angesichts des Verbots der Auslieferung eignen Unterthanen sowie der mancherlei Schwierigkeiten, welchen die Auslieferungsbegehren in manchen Staaten begegnen, dem Staate, auf dessen Gebiet ein Delikt verübt worden ist, nur erwünscht sein, wenn möglichst viele andre Staaten sich bereit erklären, eventuell eine Bestrafung des Thäters eintreten zu lassen.

Die Behauptung, daß es unzulässig sei, Vorkommnisse im Ausland zum Gegenstande der Regelung durch ein inländisches Strafgesetz zu machen, ist eben überhaupt eine *petitio principii* und um so auffallender, als man überall weit davon entfernt ist, das Gleiche von den Gesetzen zivilrechtlichen Inhaltes zu behaupten. Und doch sind die Strafgesetze in nicht höherem Grade territorialer Natur als die Zivilgesetze!

Endlich ist auch durch die Erlassung solcher Strafdrohungen durchaus keine Gefahr begründet, daß wegen einer und derselben That eine mehrfache Bestrafung eintrete. Die modernen Gesetzgebungen stellen insgesamt die Regel auf, daß auswärts erfolgte Bestrafungen zu berücksichtigen sind, entweder in der Weise, daß durch dieselben überhaupt jede weitere Strafverfolgung ausgeschlossen wird, oder wenigstens in der Art, daß die im Ausland erlittene Strafe auf die im Inlande zu erkennende Strafe in Anrechnung zu bringen ist. Als Regel wird die erstere Alternative zu fordern sein; doch kann allerdings in Beziehung auf Delikte gegen die Existenz oder die Sicherheit eines Staates die etwa durch einen andern Staat erfolgte Bestrafung nicht immer als erschöpfend angesehen werden. Denn allüberall werden Verbrechen gegen „befreundete“ Staaten mit mildern Strafen bedroht und belegt, als Verbrechen gegen den eignen Staat.

Im übrigen ist nicht zu befürchten, daß jemand, der bereits eine Bestrafung wegen einer Handlung erlitten hat, es jemals

unterlassen sollte, geltend zu machen, daß man im Begriff stehe, einen Verstoß zu unternehmen gegen die allüberall angenommene Rechtsregel *Ne bis in idem*.

So haben sich denn auch die verschiedenen Einwendungen als unhaltbar herausgestellt. Stichhaltige Gründe gegen die Annahme des Prinzips der Weltrechtspflege oder zum wenigsten des 4. Systems durch alle Staaten bestehen hiernach nicht, während andererseits Erwägungen der Logik und der Zweckmäßigkeit dieselben empfehlen.
